

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,25 und 0,90 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1,96 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Wg. Postfachkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Wg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Wg. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67577.

Nr. 131.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 9. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Notverordnung verkündet.

Abstriche und Steuererhöhungen. Kürzung der Gehälter. — Änderung der Arbeitslosenversicherung. — Streichung der Arbeit.

— Berlin, 8. Juni.

Die vom Reichskabinett ausgearbeitete und vom Reichspräsidenten unterzeichnete neue Notverordnung, die ein äußerst umfangreiches Dokument darstellt und einschneidende Maßnahmen vorsieht, ist nunmehr im Wortlaut veröffentlicht worden. Vorausgeschickt ist den gesetzlichen Bestimmungen eine Uebersicht, der wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Die Bestimmungen der Notverordnung bedeuten eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Reichsregierung hält angesichts der schweren Weltwirtschaftskrise eine Senkung der Besteuerungskosten und Preise in allen Zweigen der deutschen Wirtschaft für notwendig. Auf einem der wichtigsten Produktionsgebiete, dem Steinkohlenbergbau, wird eine Verbilligung dadurch ermöglicht, daß der Bergbau unter Tage von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit wird. Die Rechte der Versicherer werden dadurch nicht berührt.

Die Landwirtschaft wird durch jede Ermäßigung der Preise ihres Bedarfs entlastet. Das Mißverhältnis zwischen diesen Preisen und denen ihrer Erzeugung wird verringert.

Hierzu bedarf es neben der Senkung der Preise auch einer weiteren Senkung der Lasten, die auf der Landwirtschaft ruhen. Daneben wird die Landwirtschaft durch geeignete Selbsthilfemaßnahmen ihre Anstrengungen auf Herabsetzung der Selbstkosten des einzelnen Betriebes nachdrücklich fortsetzen müssen.

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Die Reichsregierung schafft in der Notverordnung den Rahmen für einen freiwilligen Arbeitsdienst. Zu seinen Trägern werden in erster Linie Vereinigungen und Verbände gehören, die aus ihren Reihen Gemeinschaftsgruppen Dienstwilliger zur Verfügung stellen. Den Teilnehmern am freiwilligen Arbeitsdienst soll der Erwerb eines Eigenheimes oder einer Siedlungsstelle aus dem Ertragnis ihrer Arbeit erleichtert werden. Die Durchführungsbestimmungen werden mit größter Beschleunigung ergehen.

Die Reichsregierung hat mit der Reichsbahn vereinbart, daß für 200 Millionen Mark Arbeiten über den Bauanschlag von 1931 hinaus beschleunigt ausgeführt werden sollen. Dafür werden innerhalb weniger Wochen über 120 000 Arbeiter neu eingestellt werden. Darüber hinaus wird die Reichsregierung Mittel der Krisensteuer zur Beschaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten verwenden.

Hinsichtlich der Arbeitsfreistellung ermöglicht die Notverordnung die Reichsregierung, im Einvernehmen mit dem Reichsrat für einzelne Gewerbe oder Arbeitnehmergruppen die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden herabzusetzen und tarifliche Mehrarbeit von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Kleinbetriebe sollen von der Arbeitsfreistellung nicht erfaßt werden. Durchgeführt werden soll die Arbeitsfreistellung in erster Linie im Wege freiwilliger Vereinbarung. Um hierbei voranzugehen soll die Arbeitszeit in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches unverzüglich auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden. Auf Länder, Gemeinden und die Körperschaften des öffentlichen Rechts soll in diesem Sinne hingewirkt werden.

Ferner heißt es in der Einleitung der Notverordnung, die Reichsregierung verfolge das Ziel, die Wirtschaft aus allzu starren Bindungen zu lösen. Im Einklang damit werde das Ruhrkohlenyndikat nur um zwei Monate verlängert. Desgleichen will sich die Regierung mit den Innungen ins Einvernehmen setzen, damit sie für eine bestimmte Zeit Wettbewerbsbindungen ihrer Mitglieder nicht mit Ordnungsstrafen belegen.

Im einzelnen enthält die Notverordnung folgende Bestimmungen:

Die Sicherung des Haushalts.

Kürzung der Gehälter ab 1. Juli. — Abstriche am Versorgungssatz. — Weitere Einsparungen in Höhe von 120 Millionen Mark.

Der Steuerausfall im Haushalt 1931 muß auf rund 940 Millionen Mark beziffert werden, von denen rund 500 Millionen auf das Reich, 440 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Ferner muß Deckung geschaffen werden für die Fehlbeträge der Knappheitsversicherung und der Krisenfürsorge. Letzterer beläuft sich auf 245 Millionen Mark. Eine Deckung aller dieser Fehlbeträge durch das Reich ist nicht möglich.

Die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger werden um 4—8 Prozent gekürzt. Die Kürzung beträgt in der Ortsklasse A bei Bezügen bis zu 3000 M. 4 Prozent, bis zu 6000 M. 5 Prozent, bis zu 12 000 M. 6 Prozent und über 12 000 M. 7 Prozent. In den Ortsklassen B, C und D erhöht sich die Kürzung um 1 Proz.; bei den Reizministern beträgt sie außer der Krisensteuer 8

Prozent. Die Senkung erfolgt ab 1. Juli und gilt auch für die Bezüge der Angestellten im öffentlichen Dienst. Ferner wird der Kinderzuschlag der Beamten und Angestellten für das erste Kind auf zehn Mark statt 20 Mark festgesetzt.

Bei den Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Reichsbahn und Reichsbank werden entsprechende Kürzungen vorgenommen. Zu den Kürzungen bei diesen Körperschaften treten weitere Kürzungen, wenn die Dienstbezüge höher liegen als bei dem entsprechenden Personalkreis im Reichsdienst.

Im Versorgungssatz werden Abstriche vorgenommen, die auf neun Monate 85 Millionen betragen. Die wesentlichen Bestimmungen sind Wegfall einer Kinderzulage für Leichtbeschäftigte, gestaffelte Kürzung der Ortszulagen und Verschärfung der Ruhevorschriften, falls neben der Rente ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln bezogen wird. Ausgenommen bleiben die völlig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten.

Die gegenüber dem Jahre 1930 bereits um rund 300 Millionen verminderten Ausgaben für den Einzelhandel werden um weitere rund 120 Millionen herabgesetzt. Auf der Einnahmeseite ist die

Wiederherstellung der Zuckersteuer

von 21 Mark für 100 Kilogramm vorgesehen. Dazu kommt Erhöhung der Zollsätze für Mineralöle, der Sätze für die Statistikabgabe und ab 1. Oktober monatliche Zahlung der Umsatzsteuer für Personen, deren Umsatz im letzten Jahre mehr als 20 000 Mark betrug.

Ferner ist zur Sicherung des Haushalts eine beschleunigte Beendigung des Entschädigungsverfahrens für Kriegsschäden durch Festsetzung einer Ausschlussfrist für Neuansmeldungen vorgesehen. Außerordentliche Ausgaben müssen für zwei Jahre in den ordentlichen Haushalt eingestellt werden. Praktisch bedeutet das die Aufhebung des außerordentlichen Haushaltes auf zwei Jahre.

Die Arbeitslosenversicherung.

Kürzung der Leistungen. — Einschränkung der Unterstützung der Jugendlichen.

Zur Arbeitslosen- und Sozialversicherung weist die Notverordnung darauf hin, daß in der Arbeitslosenversicherung im Rechnungsjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von etwa 400 Millionen, in der Krisenfürsorge mit einem solchen von rund 245 Millionen Reichsmark gerechnet werden muß, soweit das Reich die Kosten der Krisenfürsorge zu tragen hat. Da neue Einnahmen nicht beschafft werden konnten, seien folgende Maßnahmen unerlässlich gewesen:

Die Unterstufungen werden in allen Lohnklassen durch eine fünfprozentige Kürzung des Einheitslohnes gekürzt. Arbeitslose aus Berufen mit berufsspezifischer Arbeitslosigkeit erhalten versicherungsmäßige Unterstützung nur auf die Dauer von 20 Wochen und nur in Höhe der Sätze der Krisenfürsorge. Die Wartezeiten werden allgemein verlängert, die Pflicht zur Arbeitsaufnahme verschärft und die Möglichkeiten, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen, erweitert. Jugendliche bis zu 21 Jahren ebenso Ehefrauen erhalten Arbeitslosenunterstützung nur, wenn ihr Unterhalt nicht auf sonstige Weise gesichert ist. Gegen eine Abwanderung Arbeitsloser in die Großstädte werden Sicherungen getroffen.

In Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung will die Reichsregierung im kommenden Winter dem Reichstage eine organische Vereinfachungs- und Vereinfachungsreform der Sozialversicherung vorlegen.

Die Krisensteuer.

Das Aufkommen aus der zur Einführung gelangenden Krisensteuer soll der Wiederanfurbehlung der Produktion dienen. In einer Zeit höchster Gefahr glaube die Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen nicht auf die Arbeitslosenempfänger beschränken zu können, sondern auch die übrigen Berufsstände, einschließlich der Gewerbetreibenden, heranziehen zu müssen.

Die Krisensteuer soll für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 31. Dezember 1932 in Kraft sein und insgesamt 775 Millionen Mark einbringen, von denen 385 Millionen auf das Rechnungsjahr 1931 entfallen. 1932 kann die Steuer gegebenenfalls aufgehoben oder abgemildert werden.

Die Krisensteuer gliedert sich in zwei Teile, eine Steuer für die Lohnempfänger und eine Steuer der Veranlagungspflichtigen.

Die Krisensteuer beträgt bei einem Monatsarbeitslohn bis zu 300 Mark 1 Prozent des Bruttoarbeitslohnes, steigt in Stufen von je 1/2 Prozent für je weitere 100 Mark bis zu 700 Mark monatlich auf 3 Prozent, bis zu 1000 Mark

Nicht wird wieder werden nach diesem dunklen Tag. Laßt uns nicht fragen, ob wir es seh'n; es wird gescheh'n.

Matthias Claudius.

auf 3,5 Prozent, bis zu 1500 Mark auf 4 Prozent, bis zu 3000 Mark auf 4,5 Prozent und beträgt über 3000 Mark 5 Prozent.

Die Krisensteuer der Veranlagungspflichtigen beträgt bis zu einem Jahreseinkommen von 3600 Mark 0,75 Prozent, bis zu 6000 Mark 1 Prozent, bis zu 20 000 Mark 1,5 Prozent, bis zu 100 000 Mark 2 Prozent, bis zu 250 000 Mark 2,5 Prozent, bis zu 500 000 Mark 3 Prozent, bis zu 1 000 000 Mark 3,5 Prozent und über eine Million Mark 4 Prozent.

Bei den veranlagten Gehaltsempfängern tritt die Krisensteuer der Veranlagten zur Krisenlohnsteuer hinzu. Gehaltseinkommen bis zu 16 000 Mark sind jedoch von der doppelten Belastung ausgenommen. Für Landwirte sind besonders geltende Bestimmungen zu berücksichtigen.

Die Wohlfahrtsausgaben.

Aufhebung der Lohnsteuererückstellungen ab 1931.

Eingehend befaßt sich die Notverordnung ferner mit den Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden und der Gemeindevverbände. Unter Hinweis darauf, daß bei einer Arbeitslosen-zahl von über vier Millionen inmitten der Krise eine grundlegende Organisationsänderung undurchführbar sei, die Erleichterung der Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindevverbände indessen eine besonders dringliche Aufgabe darstelle, betont die Notverordnung, daß nur die Hälfte der Gesamtaufwendung für Wohlfahrtsverwaltungsstellen im Betrage von etwa 700 Millionen in den Etats der Gemeinden gedeckt ist, und somit für die andere Hälfte ein Ausgleich geschaffen werden müsse.

Zu diesem Zweck werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, so z. B. die Aufhebung der Lohnsteuererückstellungen erstmals für 1931. Um die Einheitlichkeit der Gesamtpolitik sicherzustellen, werden ferner neue Grundzüge über Umfang und Mittel der Staatsaufsicht aufgestellt.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft beabsichtigt die Reichsregierung, die Reichsbürgschaft für die nachstehenden Beleihungen zur Unterstützung des Baumarcktes in weitgehendem Umfang einzufrieren. Ferner soll von einer Ermäßigung der Hauszinssteuer insoweit abgesehen werden, als der Hauseigentümer die für die höhere Verzinsung erforderlichen Mittel aus den ihm in der gesetzlichen Miete zufließenden Beträgen bestreiten kann. Diese Regelung soll schon mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab gelten.

Weitere Bestimmungen der Notverordnung stellen eine von der bayerischen Regierung gewünschte Abänderung des Steuervereinheitlichungsgesetzes dar. In der Frage der Zollmaßnahmen kündigt die Notverordnung an, zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten auf dem innerdeutschen Markte für die Versorgung mit Dingenmitteln erscheine eine Ermächtigung der Reichsregierung zu Schutzmaßnahmen in Form von Zöllen oder zur Marktregulierung erforderlich.

Die freie Wirtschaftsbeschäftigung.

Mit voller Berechtigung erklärte einer der Industriekapitäne auf der Düsseldorfer Wirtschaftstagung des sogenannten „Langnam-Vereins“, daß „unsere Wirtschaft nie eine Krise sah, wie sie gegenwärtig die Grundfesten unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erschüttert“, und kein Verständiger wird es den deutschen Wirtschaftsgewaltigen verargen, wenn sie ihrerseits zur Behebung der allgemeinen Not eine klare Wirtschaftspolitik und die Aufstellung eines auf lange Sicht ausgearbeiteten Wirtschaftsplans verlangen. Ueber die politischen und parteipolitischen Gesichtspunkte, von denen die Auslassungen der einzelnen Industrieführer getragen waren, und die naturgemäß auch in der zum Schluß gefaßten Entscheidung ihren Niederschlag fanden, wird man je nach der eigenen politischen Einstellung verschieden urteilen, und man kann es bedauern, daß von einzelnen Rednern, z. B. von Fritz Thyssen, eine Argumentation mit dem parteipolitischen Schlagwort nicht vermieden wurde, die, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, recht lebhaft an den Leipziger SPD-Parteitag erinnerte. Das alles mag hingehen, denn an der Berechtigung der Schwerindustrie, ihren Mann im Kampfe um die deutsche Wirtschaftsgesundung zu stellen, ist nicht zu zweifeln, und man wird es ihren Führern nicht verübeln können, wenn sie in diesem Augenblick höchster Not ihre Meinung ungeschwät von Rücksichten auf diese oder jene gegnerische Ansicht zum Ausdruck bringen.

Wenn aber in den Vordergrund des Vortrages der westdeutschen Industrie „eine Kampfansage allen denen

gegenüber" gestellt wird, „die der notwendigen freien Wirtschaftsbetätigung noch weitere Fesseln anlegen wollen“, so zwingt diese Formulierung zu einer rückhaltlosen Frage. Dürfen wir angesichts der unbestreitbaren Not- und Elendslage von Millionen Volksgenossen, angesichts der weitgehenden Einschränkung der „freien Wirtschaftsbetätigung“ fast aller Berufs- und Erwerbsstände, angesichts des Darniederliegens der gesamten Volkswirtschaft der Großindustrie als einzigen — noch dazu zahlenmäßig außerordentlich dünnen — Schicht die Berechtigung zuerkennen, für ihre Aufgaben und Ziele die „notwendige freie Wirtschaftsbetätigung“ zu verlangen? Kaum einer von uns, sei er nun Bauer oder Handwerker, Staatsmann oder Lehrer, Beamter oder Wissenschaftler ist von den schwersten Opfern, die er in Anbetracht der Allgemeinheit für das Allgemeinwohl bringen mußte, befreit, und immer neue Opfer stehen bevor und sollen gebracht werden. Wir alle sind heute in eine Schlarvei gestellt, die von den allergeringsten Staatsbürgerrechten der Freizügigkeit, der freien Berufswahl, der freien Preisstellung für Arbeit und Dienste himmelweit entfernt ist, und die meisten von uns müssen sich mit einem Jahreseinkommen begnügen, das den Kapitänen der Industrie kaum für die Ausgaben einer Wochenendfahrt genügen würde. Kein Verständiger denkt nun daran, auf Grund der geschilderten Lage der Dinge kommunistischen Teilungspläne zu verfassen und mit ihnen eine Wirtschaft in Scherben zu schlagen, die des Lebens Güter ungleichmäßig und ungerecht verteilt hat, und auch dem marxistischen Allheilmittel, dem Sozialisierungswahn, stehen die meisten von uns noch kühl ablehnend gegenüber. Wohl aber verlangen wir für alle ein gewisses Mindestmaß von Versteuern für die Lebensinteressen der Allgemeinheit, für das Gemeinwohl, und es erhebt sich deshalb in uns die Frage, ob der von der Großindustrie in Düsseldorf erhobene Anspruch auf „freie Wirtschaftsbetätigung“ sich nicht als Verlangen nach einem Sonderrecht und nach einer Bevorzugung vor anderen Volksschichten zum Schaden des Allgemeinwohls darstellt?

Einzig und allein am Wohl der Gesamtheit sollen gesellschaftliche Maßnahmen und steuerliche Eingriffe aller Art orientiert werden, einzig und allein am Gemeinwohl aber auch soll gemessen und erlassen werden, ob der Lebensstandard, die privaten und persönlichen Ausgaben des Einzelnen in In- und Ausland, ob die Verteilung der Gewinne aus den kapitalistischen Großunternehmungen einer Einrede durch Staatsgewalt oder einer Beschränkung durch gesetzgeberische Maßnahmen und Verordnungen bedürfen. Schon die rein äußere Betrachtung der Tagesmeinung und der Pressenachrichten zeigt, daß bei uns im deutschen Vaterland in dieser Beziehung manches im Argen liegt, daß vieles, was in normalen Wirtschaftzeiten niemanden kümmern und angehen würde, der Abstellung bedarf. Immer häufiger wird die öffentliche Meinung durch die bekannten Nachrichten über gewisse Riesengehälter in Handel und Industrie erregt, immer häufiger stößt man auf entrißene und zumeist erheblich übertriebene Zahlenangaben über Aufsichtsratsentnahmen und Gewinnverteilungen in bestimmten Konzernen. Daß große Werke ihren Direktoren mehrere Gärten zur Instandhaltung der Privatgärten bezahlen, daß Hunderttausende zu Luxuszwecken auf Unkostenkonto verbucht werden und zugleich Tausende von Arbeitern und Angestellten entlassen werden, ist ebensoviele eine Seltenheit wie die Tatsache, daß Direktoren von Werken, die in Konkurs sind und deren Arbeiter und Angestellte hungern, ihr Leben in Schlemmerei und Luxus unverändert fortsetzen. Sind das alles nicht Dinge, die unbedingt abgestellt werden müssen und die es wenig wünschenswert erscheinen lassen, der Industrie in diesen Ausnahmestunden die verlangte „freie Wirtschaftsbetätigung“, die nun einmal in einer Unzahl von Fällen mißbraucht wird, einzuräumen?

Nicht mit Unrecht gilt England als das Land der persönlichen Freiheit und mit Bewunderung blickt man vielfach auf die Wirtschaftsbetätigung des englischen Indu-

striellen und Kapitalisten, viel zu wenig aber ist in Deutschland bekannt, daß drüben jenseits des Kanals längst 50 Prozent der hohen Einkommen durch die Einkommensteuer und 40 Prozent der großen Vermögen durch die Erbschaftsteuer erfasst werden, viel zu geflissentlich wird die deutsche Öffentlichkeit darüber im Dunklen gelassen, daß in England über zwei Drittel aller Großunternehmungen in ihrer Dividendenverteilung beschränkt, daß überhaupt die Profitbeschränkung in England längst obligatorisch ist, und daß man eifrig an ihrem weiteren Ausbau zu Gunsten des Gemeinwohls arbeitet. Bereits im Jahre 1928 gaben englische liberale Politiker und Wirtschaftsgrößen, unter ihnen Männer wie W. T. Lanyon, der bekannte Herausgeber der Zeitschrift „Economist“, einen Bericht heraus unter dem Titel „Britain's Industrial Future“, der im Lichte der von deutschen Industriellen verlangten „Bewegungsfreiheit“ anmutet wie ein Ausschnitt aus einem sozialistischen Zukunftsprogramm.

Bestimmungen, die in England ohne Schaden für Handel und Industrie durchführbar sind, müßten auch bei uns in Deutschland erreichbar sein, wenn das Gemeinwohl so dringlich nach ihnen verlangt, wie das in unserer Elendslage der Fall ist, und man sollte endlich aufhören, den Ruf nach ihnen als „marxistisch“ oder gar christentumsfeindlich zu infamieren. Die englische Wirtschaft schaut in kluger Voraussicht über uns hinweg nach dem russischen Sowjetstaat, in dem die kapitalistische Wirtschaft hinweggekehrt wurde durch das gefährliche Experiment des Bolschewismus, dem Volk und Wirtschaft auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Mit kluger und geschickter Hand beugt England kommendem Unheil vor, indem es die kapitalistische Wirtschaft dadurch zu stärken versucht, daß es die vorhandenen Kapitalien gleichmäßiger verteilt, die Zahl der Kapitalisten also vermehrt und dadurch die herrschende Wirtschaftsordnung wieder zur ausschlaggebenden Macht in der Hand vieler, wenn auch bescheidener Einzelgüter zu machen sucht. Der Kapitalismus einiger Geldmagnaten, der auf der Düsseldorf Tagung zu Worte kam, wird immer nur ein Koloß mit dünnen Füßen bleiben, den jeder Sturmwind hinwegfegt. Was soll bei uns in Deutschland werden? Deutschlands Beispiel könnte uns schrecken, das aus England sollte uns mahnen! Noch hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung ihr eigenes Schicksal in der Hand; nach dem Führer, der es meistert, sollten ihre Kapitane rufen!

Musculus.

An das deutsche Volk!

Aus Anlaß der neuen Notverordnung veröffentlicht die Reichsregierung folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Die Erwartung, daß die Weltwirtschaftskrise mit dem Frühjahr 1931 abebben und damit Not und Arbeitslosigkeit aller Industriestaaten und noch mehr der Rohstoff- und Agrarländer zurückgehen werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Deutschland ist in den Gütertausch der Erde mit einer jährlichen Summe von 23 Milliarden Mark verflochten. Es kann sich allein aus der gemeinsamen Not nicht retten, unter der selbst die im Kriege siegreichen Staaten schwer leiden.

Unsere Sorgen und Schwierigkeiten sind verschärft, weil wir neben der Gesamtkrise, in der wir leben, noch die besondere Last tragen, als die Unterlegenen des großen Krieges Zahlungen leisten zu müssen. Diese wurden unter Voraussetzungen, die nicht eingetroffen sind, übernommen und entziehen unserer durch Krieg und Inflation verarmten Wirtschaft das Kapital, dessen sie notwendig zu ihrer Erhaltung und Fortentwicklung bedarf. Kapitalentzug bedeutet Stilllegung und Einschränkung von Betrieben, Arbeitslosigkeit, Rückgang des privaten Einkommens, nicht zuletzt der Einnahmen des Staates. Darüber hinaus verringert sich unsere Kaufkraft am Weltmarkt um den Betrag, den wir für Tribute ohne Gegenleistungen abgeben. Die Tributzahlungen schwächen uns als Käufer und nötigen uns zur Drosselung der Einfuhr. Sie zwingen uns zur Steigerung der Ausfuhr, gegen welche andere Völker in immer stärkerer Abwehr treten. Eine erbitterte Ver-

schärfung des Kampfes um die Märkte der Welt ist die Folge.

Schwerste Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrechtzuerhalten. Diese ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft; von ihr hängen Millionen und aber Millionen von Kriegsteilnehmern, Sozialrentnern, Beamten und Angestellten in ihrer Existenz ab.

Im In- und Ausland ist vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß wir nicht sparsam genug gewirtschaftet hätten. Dieser Vorwurf trifft jedenfalls auf Deutschland für die Gegenwart nicht zu. Auf der ganzen Linie sind die stärksten Anstrengungen gemacht worden, die Ausgaben auf das tragbare Maß zurückzuführen. Nach dem Votum der neuen Notverordnung werden die Ausgaben des Reiches einschließlich der Abstriche vom vorigen Jahre die Riesensumme von mehr als 1,5 Milliarden weniger betragen. Soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt etwas voraussagen kann, wird damit der Reichetat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht gebracht. Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein.

Angesichts der Möglichkeit einer Fortdauer der Krise dürfen Verzagtsein und Unwille nicht unsere Kräfte schwächen. Staatsmännische Pflicht der Reichsregierung ist es, jetzt schon Vorkehrungen zu treffen, kommende Schwierigkeiten zu überwinden. Daß es dabei ohne Härten, die alle Kreise des Volkes treffen, nicht gehen kann, werden die Einsichtigen begreifen. Es ist besser, in geordneten Formen Leistungen, auch wenn es schmerzhaft ist, zu kürzen und Beiträge von denjenigen zu fordern, die noch ein Einkommen haben, als die Gefahr heraufzubeschwören, daß Zahlungen, auf denen die Lebenshaltung weiter Volksschichten beruhen, eines Tages nicht mehr bewirkt werden können.

In ähnlicher Lage wie das Reich befinden sich Länder und Gemeinden. Auch sie haben sich weitgehend eingeschränkt und werden es noch mehr tun müssen. Die Reichsregierung gibt sich über die Schwere der von allen Bevölkerungsteilen zu bringenden Opfer keiner Täuschung hin, aber die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte und die Schonung unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre schwierige Lage und den heftigen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt rechtfertigen die getroffenen Maßnahmen.

Wir haben alles angespannt, um unseren Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege nachzukommen. Auch ausländische Hilfe haben wir hierfür in weitem Maße in Anspruch genommen. Das ist nicht mehr möglich! Die Einsetzung der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungsteile gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen:

Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Voraussetzungen, unter denen der Neue Plan zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrtümlich erwiesen. Die Erleichterung, die der Neue Plan nach der Abfahrt aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprochen, hat er nicht gebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt. Auch die wirtschaftliche Gesundung der Welt ist hierdurch mitbedingend.

Das deutsche Volk steht in einem entscheidenden Ringen um seine Zukunft. Vor dem Überglauben, man könnte ohne Opfer zu einem gedeihlichen Erfolge gelangen, muß eine verantwortungsbewußte Regierung warnen. Wenn das deutsche Volk an seine Zukunft glaubt, so muß es entschlossen sein, dafür alles einzusetzen. Oft haben die Deutschen in ihrer Geschichte verkannt, daß in kritischer Lage nicht der Kampf der Parteien, sondern der Wille des gesamten Volkes, sich zu behaupten, entscheidend ist. Eine solche Stunde ist gekommen. Die Reichsregierung kann nicht glauben, daß die neue Generation so klein und die Ältere so schwach geworden ist, daß sie nicht vereint imstande wären, im irdlichen Kampf um unseren Wiederanflug die Größe und den Idealismus deutschen Volkstums wie in früheren Schicksalsstunden zu beweisen. Im Vertrauen auf Lebenskraft und Lebenswille des deutschen Volkes wird die Regierung handeln.

Berlin, den 5. Juni 1931.

Die Reichsregierung.

Ein wirkliches Volkswort.

Von Jugendpfarrer Philipps.

Die junge Generation des Jahres 1931 trägt ein anderes Gesicht, als die Jugend vor 10 Jahren. Nicht mehr „zurück zur Natur“, sondern „hinein ins politische Leben“ ist ihre Losung. Der harte Kampf ums Dasein erweist sich als ein bitterer Feind aller Romantik und erzieht auch das junge Volk zu einer herben Sachlichkeit.

Trotzdem hat die ganze Jugend von dem Wandervogel ein wertvolles Erbe überkommen, das sie bis zu diesem Tage nicht verloren hat und hoffentlich niemals aufgibt, und das ist die Belebung der Wanderlust, die seit alten Zeiten dem deutschen Menschen eingepflanzt ist: „Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus, da bleibe, wer Lust hat, mit Sorgen zu Haus!“ So treffen wir sie denn in der schönen Frühlingszeit überall auf Fahrt, die Jungen und die Mädchen, in kleinen und großen Gruppen, aus allen Ständen, Konfessionen und Parteien und haben unsere Freude daran, wie gut ihnen das tut. Sie sind dem Stau der Großstadt entronnen und weiten Herz und Lunge. Sie bekommen neue Augen für die Schönheit unseres Vaterlandes und die Herrlichkeit der Natur, und ist ihnen damit auch noch nicht alles gegeben, was zur Formung ihres inneren Menschen nötig ist, so ist doch wandernde Jugend vor manchen Gefahren gefeit, mit denen sie unsere moderne Zivilisation bedroht.

Über man kann nicht wandern, ohne daß der müde Wanderer am Abend Obdach findet. Es klingt ja wundervoll, wenn Geibel in seinem Liede singt: „Und find' ich keine Herberge, so lieg' ich zur Nacht wohl unter freiem Himmel, die Sterne halten Wacht“. Solche warmen Sommernächte sind in unserm deutschen Vaterlande leider nicht die Regel. Darum sind wir dankbar für das

Werk, das vor einigen Jahrzehnten in aller Stille auf weislichem Boden begonnen hat und heute in allen deutschen Gauen, ja, in aller Welt bekannt geworden ist: Das Deutsche Jugendherbergsbuch. Hier wird dafür gesorgt, daß unser wanderndes junges Volk nicht nur ein schützendes Dach und ein ordentliches Lager findet, sondern auch liebevolle Betreuung, ohne daß sie dabei allzuleist in den Beutel zu greifen braucht.

Ich habe im vergangenen Jahre Gelegenheit gehabt, einige unserer neuesten und schönsten Jugendherbergen zu besichtigen, wie sie in Radevormwald, in Godesberg und in anderen Orten entstanden sind. Da konnte einem das Herz lachen; saubere, lustige Schlaffäle, anheimelnde gediegen ausgestattete Tagesräume, reichlich Gelegenheit zum Waschen und zum Kochen und zum Spielen in frischer Luft, alles einfach, aber geschmackvoll hergerichtet, dazu Hauseltern, in einem Fall eine Hausmutter, die ihre Aufgabe begriffen haben und nicht verdienen, sondern dienen wollen. Man sah auf den ersten Blick, wie sich die wandernde Jugend hier wohl fühlte. Doch nicht überall ist das Bild so günstig. Es gibt manchen Ort im Vaterlande, der geradezu in Schönheit hineingebettet ist und doch der Jugendherberge entbehrt. Und es gibt immer noch manche Jugendherbergen, die auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Das deutsche Jugendherbergsbuch hat in den letzten Jahren reiche Förderung erfahren durch Behörden und durch eine ungezählte Schaar einzelner Freunde. Heute spüren wir alle die Not der Zeit. Wir fangen allmählich an zu begreifen, daß wir alle einfacher und sparsamer werden müssen. Das ruft uns aber erst recht zu einer Förderung der deutschen Jugendherbergen auf. Das Wandern durch unser deutsches Vaterland schenkt auch in notvoller Zeit reiche Freude, und wohl unserer Jugend, wenn sie nach den Grundsätzen lebt, die sich in dem deutschen Jugendher-

bergswerk in einzigartiger Weise auswirken. Wer hier hilft, tut Dienst an unserer Jugend und an unserem Volke und an unserer Zukunft!

Palästinafahrt Christlicher Pfadfinder.

Vor einigen Wochen ist seitens der Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands die erste Jugendfahrt ins heilige Land vor sich gegangen. In dankenswerter Weise war die Fahrt mit Hilfe des Jerusalemsvereins in Berlin, der ältesten Missionsarbeit im Lande, aufs sorgfältigste vorbereitet und damit die denkbar beste Aufnahme in den deutschen evangelischen Gemeinden gegeben. Ebenso waren von da aus bewährte Führungen durch alle Missionsarbeiten und vor allem an die biblischen Stätten gewährleistet. Die Aufnahme bei den deutschen Landsleuten war überaus freundlich und herzlich. Die Fahrt ging über Salzburg — hier traf sich die 26 Mann starke Staffel — nach Triest und von dort mit dem Triester Lloyd nach Jaffa. Ein Gemeindevorstand vereinigte hier die Teilnehmer mit den evangelischen Deutschen der ganzen Umgebung. Ähnliche Abende fanden dann noch in Jerusalem und Haifa statt. An einem Abend war die Staffel zu Gast in dem arabischen Club der jungen Männer in Bethlehem. Ein Nachmittag sah sie bei den Boy Scouts in Jerusalem. Tage stiller Sammlung gab das Zeltlager am See Genesareth. Unvergesslich wird das Erleben des Karfreitagsabends in Gethsemane und des Ostermorgens auf der Höhe des Delberges sein. — Als eine Botschaft des heiligen Landes soll diese Fahrt der C. P. fruchtbar werden, nicht nur für die eigenen Kreise, sondern für die gesamte deutsche christliche Jugendbewegung. Die Erfahrungen und Erkenntnisse werden in einem Best niedergelegt, welches von den Teilnehmern herausgegeben wird.

Ed. W.

Brünnin
Strenge Abf...

Reichsstaats
Curtius traf
wo sie das
präsidenten
deutschen G
Verlauf der
sicher zugela
Ehren der de
ler und Auf
Staatsmänn
son mit seine
Graham, M
nahmen.

Vor der
Botschaft ein
kanzler Dr.
mals den Er
Wir sind hie
männern ein
diese Lage d
die ganze W
krise befindet
besonders hie
von den Kon
ter der Welt
hoffen, daß u
sondere Lage

Die engli
Tone gehalten
Auslassung d
nicht der J
tastrophal, ab
Deutschlands
Deutschland
zu helfen, di
„guter Europ
versteht, wird
eine völlig be
gerichteten S
in Deutschlan
Vertrages“ j

Neu

Das Echo der
Teilweise 2

„Schwarz
und weniger
der Entbehr
schriften, ste
ragender, U
Notverordnung
die Befürcht
Unruhen in
Konten.

Der Frie
Wochenende
terbrochen. B
von Chequers
schwindigkeit
Einfahrt des
den an der T
Tochter Jabel

Die Belp
und Macdon
Kaffees nach
führer. Er h
Stunden, die
ihm die hefti
lichen Finanz
Arm in Arm
Gefichts feine

Von den
Chequers ver
Erwählung.
nung, die legt
gewicht herzu
nationaler Zu

Am son
„Sunday Exp
Ergebnis der
zur Prüfung
schulden mögl
einfacher Aus
Zahlungsauff
Konferenz der
vision erörte
stehen, einen
über es best
mals einen jo
nehmen würd
akkreditiert
nicht auf Ver

Im „D
Was könne
schwierigen
Land anzubie
Herabsetzunge
allein auf En
reitschaft der
Amerika den

Senat

Er fordert d
räftung

Staatsf
einigen Sta
renz gefragt,
frage in Euro
ster lehnte es
falls lehnte
Kriegsschulde
zu tun, erneu

Brünnings Ankunft in Chequers

Strenge Abperrung des Landhauses. — Empfang der deutschen Kolonie vor der Abreise.

— London, 8. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius trafen, von London kommend, in Chequers ein, wo sie das Wochenende als Gäste des britischen Ministerpräsidenten verbrachten. Während der Anwesenheit der deutschen Gäste wurden in Chequers, um einen ungehinderten Verlauf der Besprechungen zu gewährleisten, keinerlei Besucher zugelassen. Ministerpräsident Macdonald gab zu Ehren der deutschen Gäste ein Essen, an dem außer Kanzler und Außenminister die drei Begleiter der deutschen Staatsmänner sowie der englische Außenminister Henderson mit seiner Gemahlin, der Präsident des Handelsamtes Graham, Mrs. Sinclair, und die Tochter Macdonalds teilnahmen.

Vor der Abreise aus London fand in der deutschen Botschaft ein Empfang der Deutschen Kolonie statt. Reichskanzler Dr. Brüning skizzierte in seiner Ansprache nochmals den Ernst der deutschen Notlage und fuhr dann fort: „Wir sind hierher gekommen, um mit den englischen Staatsmännern ein freundschaftliches und offenes Gespräch über diese Lage Deutschlands zu führen. Wir wissen dabei, daß die ganze Welt sich in einer außerordentlichen Wirtschaftskrise befindet. Es kommt aber hinzu, daß Deutschland ganz besonders hierunter leidet und vielleicht das Land ist, das von den Konsequenzen einer vielfach veränderten Struktur der Welt am meisten und zuerst erfaßt wurde. Wir hoffen, daß wir vielleicht einiges Verständnis für diese besondere Lage Deutschlands finden werden.“

Die englischen Zeitungen bringen neue, in freundschaftlichem Tone gehaltene Artikel. Merkwürdig mutet dagegen eine Auslassung der „Times“ an. Das Blatt kann sich zwar nicht der Feststellung entziehen, Deutschlands Lage sei katastrophal, aber es will doch für eine Hilfeleistung zugunsten Deutschlands zwei Bedingungen stellen, die eine, daß Deutschland „wird sein Bestes tun“, um sich selbst zu helfen, die andere, daß es anfangen müsse, sich als „guter Europäer“ zu zeigen. Was die „Times“ hierunter versteht, wird klar aus ihrem Hinweis, daß „Reparationen eine völlig berechnete Form für die Wiedergutmachung angerichteten Schadens“ sind, und aus dem Vorwurf, daß in Deutschland Leute von dem „Raubsystem des Versailler Vertrages“ sprechen.

Neue Tributkonferenz?

Das Echo der deutsch-englischen Besprechungen in Chequers. Zeitweise Anerkennung der schweren deutschen Opfer.

London, 8. Juni.

„Schwarzer Samstag in Deutschland“, „Mehr Steuern und weniger Erleichterung“, „Deutschland hat die Grenze der Entbehrungen erreicht“, so lauten einige der Ueberschriften, unter denen in der englischen Presse an hervorragender Stelle die Bestimmungen der neuen deutschen Notverordnung mitgeteilt wurden. Die Blätter gaben auch die Befürchtung wieder, daß die neuen Maßnahmen ernste Unruhen in verschiedenen Teilen Deutschlands auslösen könnten.

Der Frieden des Landhauses von Chequers wurde am Wochenende durch den Rummel der Autos und Telefone unterbrochen. Bald sahen die Leute, die an dem Haupteingang von Chequers standen, vier Salonwagen sich mit großer Geschwindigkeit nähern. Diese fuhren, ohne anzuhalten, in die Einfahrt des Landhauses hinein. Die deutschen Minister wurden an der Tür des Hauses vom Premierminister und seiner Tochter Isabella, die als Hausfrau auftrat, begrüßt.

Die Besprechungen zwischen den deutschen Ministern und Macdonald sowie Henderson begannen während des Kaffees nach dem Frühstück. Dr. Brüning war der Wortführer. Er sprach zum Premierminister von den dunklen Stunden, die Deutschland durchzumachen hat, und erklärte ihm die heftige Wirtschaftskrise und die unüberwindlichen Finanzlasten Deutschlands. Später setzte Brüning, Arm in Arm mit dem Premierminister wandelnd, ernstes Gesichtes seine Schilderung fort.

Von den Pressekommentaren über die Besprechungen in Chequers verdient ein Artikel des „Manchester Guardian“ Erwähnung. Darin heißt es: „Die letzte deutsche Notverordnung, die letzte Anstrengung des Kanzlers, das Budgetgleichgewicht herzustellen, ruft nach Kompensation mittels internationaler Zugeständnisse.“

Am konkretesten wurde der Konferenzgedanke vom „Sunday Express“ ausgesprochen; das Blatt glaubt, daß als Ergebnis der Besprechungen in Chequers eine Weltkonferenz zur Prüfung der Anträge auf Revision der gesamten Kriegsschulden möglicherweise werden vorgeschlagen werden. Ein einfacher Ausweg für Deutschland würde ein zweijähriger Zahlungsaufschub sein, während dessen eine gemeinsame Konferenz der Alliierten mit Deutschland die Frage der Revision erörtern könnte. Es würde dann Großbritannien freistehen, einen ähnlichen Nachschuß von Amerika zu fordern. Aber es besteht keine Möglichkeit, daß Großbritannien jemals einen solchen Kredit schuldigenden Schritt unternehmen würde, es sei denn in Gemeinschaft mit den übrigen alliierten Kriegsschuldnern und mit der Zustimmung, wenn nicht auf Veranlassung der amerikanischen Regierung selbst.

Im „Observer“ befaßte sich Garvin mit der Lage. Was könne England tun, fragt er, um Deutschland in der schwierigen Situation zu helfen? „Das einzige, was England anbieten habe, sei sein eigener Selbstmord.“ Neue Herabsetzungen der Reparationsleistungen könnten nicht allein auf Englands Kosten erfolgen, sondern neben der Bereitstellung der anderen europäischen Gläubigerstaaten hätte Amerika den Schlüssel zu diesem Problem in der Hand.

Senator Borah wird deutlich.

Er fordert die Tributrevision und Durchführung der Abrüstung. — Stimmon über seine Europa-Reise.

Washington, 8. Juni.

Staatssekretär Stimson — der Außenminister der Vereinigten Staaten — wurde im Verlaufe einer Pressekonferenz gefragt, ob die Voraussage, daß er die Reparationsfrage in Europa besprechen werde, zuträfe. Der Außenminister lehnte es ab, diese Voraussage zu dementieren. Gleichfalls lehnte er es ab, die bekannte amerikanische These, Kriegsschulden und Reparationen hätten nichts miteinander zu tun, erneut aufzustellen. Es handle sich bei diesen Dingen

um ein so wichtiges Problem, daß er unmöglich zurzeit eine amtliche Äußerung abgeben könne.

Deutlicher äußerte sich Senator Borah, einer der bekanntesten Politiker Nordamerikas. Er erklärte:

Eine Regelung der Reparationsfrage scheint mir eine wirtschaftlich und auch sonst in ihren Grundlagen gesunde Maßnahme zu sein. Die Nationen, die von Deutschland Reparationszahlungen erhalten, haben hiervon keinen Vorteil. Ebenso wird niemand einen Vorteil davon haben, wenn man Deutschland durch Zwangsmassnahmen in den vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch hineintreibt. Bei einer Betrachtung einer Revision der Schulden und der deutschen Zahlungsfähigkeit darf man nicht außer acht lassen, daß der eine Hauptgrund, der Wirtschaftskrise in Europa, die es für Deutschland schwieriger gemacht hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen, die ständig anwachsende Last der Rüstungen ist, die von anderen Nationen als Deutschland ausgehen und die eine klare und absichtliche Verletzung des Versailler Vertrages darstellen.

Gegen Schulblüge und Tribute.

Eine Erklärung der Quäker-Gesellschaft. — Uebermittlung an den Reichskanzler und den britischen Ministerpräsidenten.

London, 8. Juni.

Die Londoner Quäker-Gesellschaft hat dem deutschen Reichskanzler, dem Reichsaussenminister sowie dem britischen Ministerpräsidenten und Henderson eine Erklärung übermittelt, in der es u. a. heißt:

Auf unserer kürzlichen Jahresversammlung wurde uns die augenblickliche Wirtschaftslage der Welt, deren Ernst nach unserer Ansicht von vielen unserer Landsleute nicht genügend erkannt wird, überzeugend vor Augen geführt. In Deutschland wird die allgemeine Wirtschaftskrise verschärft durch das Reparatonsystem, das ihm unter den Bedingungen des Versailler Vertrages auferlegt worden ist.

Es kann weder Frieden noch Sicherheit geben, solange diese Bedingungen fortauern. Wirtschaftliche Entbehrung einerseits, Unruhe und Furcht andererseits verpacken ein revolutionäres Chaos auf dem europäischen Kontinent herbeizuführen. Es besteht daher die dringende Notwendigkeit, eine gemeinsame Anstrengung zu machen, um eine christliche und menschlichere internationale Ordnung zu erzielen, in der die Nationen ihre gegenseitigen Lasten teilen. Wir glauben nicht, daß diese veränderte Haltung erreicht werden wird, solange der Vertrag von Versailles auf der Annahme der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut wird, was moralisch nicht zu rechtfertigen ist.

Rundgebung des Volksbundes.

Das Gefühl der Rechtsicherheit noch nicht wiedererlangt. — Wiederwahl des Vorstandes.

Kattowitz, 8. Juni.

Der Deutsche Volksbund in Kattowitz befaßte sich in seiner Jahresversammlung mit der Lage in Ostoberschlesien. Der Vorsitzende des Bundes, Prinz von Pleß, erklärte, seit den Wahlen sei zwar einiges besser geworden, das Gefühl der Rechtsicherheit habe die deutsche Bevölkerung jedoch noch nicht wiedererlangt. Die fortgesetzten Beeinträchtigungen des deutschen Minderheitenschutzes, insbesondere die Entlassung deutscher Beamtinnen, immer wiederholte antideutsche Rundgebungen des offiziell gebilligten und gestützten Westmarkenvereins und schließlich die unbefriedigende Durchführung der Terrorprozesse ständen dem entgegen.

Nach dem von Otto Ullrich erstatteten Jahresbericht hat der Volksbund in Ausübung des Rechteschutzes für seine Mitglieder 315 Beschwerden bei der Gemischten Kommission erhoben, die bis auf 107 bereits erledigt wurden, wobei nur eine zurückgewiesen worden ist.

Die am Schluß der Jahresversammlung vorgenommenen Wahlen ergaben zum großen Teil die Wiederwahl der bisherigen Präsidial- und Vorstandsmitglieder. Zum Ersten Präsidenten wurde Dr. Prinz von Pleß, zum Zweiten Präsidenten Abgeordneter Franz gewählt. Der Verwaltungsrat wurde gleichfalls in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt. In den Vorstand wurde an Stelle von Schulrat Du-del Referendar Januschowski gewählt. Die Geschäftsführung bleibt weiter in den Händen von Abgeordneten Ullrich, Senator Dr. Paul, Direktor Ronge und Assessor Eibera.

Für den konfessionellen Frieden.

Magdeburg, 8. Juni.

Der Evangelische Bund hielt in Magdeburg seine 35. Jahresversammlung ab. Die evangelischen Kirchen und zahlreiche Privatgebäude hatten aus Anlaß der Tagung gesammelt. Bundespräsident Ministerialdirektor a. D. Dr. Conze begrüßte die Versammlung und gab dem Bunde den Ausdruck, daß der konfessionelle Zweifelsfall ein für allemal durch ein friedliches, auf gegenseitiger Achtung beruhendes Leben abgelöst werde. Oberpräsident Dr. Falk überbrachte die Grüße der Staatsregierung und betonte die Notwendigkeit, die gemeinsame christliche Kultur zu erhalten. Die drei Festvorträge des Abends behandelten das Thema „Kraft und Adel der evangelischen Geschichte verpflichtet“.

Erdbeben in England.

London, 8. Juni.

In London und anderen Teilen des Landes wurde nachts gegen 1.30 Uhr ein Erdbeben verspürt, das die höchsten Gebäude ins Wanken brachte. Am heftigsten war der Stoß in Norfolk, wo einige Personen aus den Betten geworfen wurden. An verschiedenen Stellen war das Beben von einem lauten Poltern und Geräusch begleitet. Sachschaden wird nicht gemeldet, jedoch bemächtigte sich der Bevölkerung in Mittel- und Nordengland sowie in Südwesten starke Bekürzung. Das Erdbeben ist das stärkste, das in England seit Menschengedenken aufgetreten ist.

Ausschreitungen in Chemnitz.

Zwei Nationalsozialisten erschossen, vier weitere verwundet.

Chemnitz, 8. Juni.

In Chemnitz kam es vor dem Hause der kommunistischen Buchhandlung Auf dem Brühl zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die am Sonntag in Chemnitz ihren Gausabteil abhielten. Im Verlaufe der Streikaktionen sind zwei Nationalsozialisten erschossen worden. Vier weitere Nationalsozialisten wurden verwundet. Die Polizei hat mehrere Kommunisten verhaftet.

Die Quadratur des Kreises.

D. Bungereth.

Bekanntlich ist es der Mathematik bis heute noch nicht gelungen, die Quadratur des Kreises herzustellen, d. h. die Einheit von Quadrat und Kreis zu finden. Kreis und Quadrat sind eben unvereinbare Gegenstände und es dürfte auch wohl niemals gelingen, in diesem Fall aus These und Antithese eine Synthese herzustellen, so wenig, wie sich zwei parallele Linien einmal vielleicht in der Unendlichkeit treffen werden.

Nur gewisse Politiker glauben auf dem sehr wandelbaren Gebiete ihres Wirkens die Quadratur des Kreises gefunden zu haben und völlig unvereinbare Gegenstände miteinander verfühnen zu können. So vermeinen gerade die gemäßigten Sozialdemokraten, Internationalismus und nationale Gesinnung miteinander verbinden zu können. Daß gerade die deutschen Sozialdemokraten, im Gegensatz zu Engländern und Franzosen derselben Richtung, stets das Internationale betonen auf Kosten des Nationalen, ist eine bekannte Tatsache, und daß ihr ehrlicher Idealismus von ihren Genossen im Ausland geringschätzend behandelt wird, während für die Letzteren immer zuerst das Interesse ihres Landes in den Vordergrund gestellt wird, hält sie ja leider nicht davon ab, an ihrem Illusionismus festzuhalten. Um so mehr muß man sich darüber wundern, daß sie den nur nationalen Gesinnungen es immer wieder vorwerfen, sie bildeten sich ein, die nationale Gesinnung gepachtet zu haben. In ihren Augen dürfte eigentlich nationale Gesinnung gar nichts Verwerfliches sein, was man ändern nicht können will. Das einzig Wahre, jedenfalls das, was allem anderen nach ihrer Meinung vorangestellt werden muß, ist doch im Grunde der Internationalismus und das Interesse des Auslandes. Internationalismus und nationale Haltung miteinander zu verbinden, ist nach den Regeln logischen Denkens ein unlogischer Versuch, die Quadratur des Kreises auf dem Gebiet des politischen Denkens und Handelns herzustellen. Viel logischer, um nicht zu sagen, ehrlicher, ist der Standpunkt, den Crispian in dem natürlich höchst bedauerlichen Ausspruch: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt!“ ausbricht.

Wenn vor einigen Jahren die Herren Severing und Löbe sich in Wien so warm für den Anschluß Österreichs an Deutschland einsetzten, so war das einigermassen erstaunlich. Man müßte denn an parteipolitische Interessen denken. Denn, wenn der allgemeine Völkerei der Internationale, sei es der ersten, zweiten oder dritten, das politische Ideal sein soll, dann ist es ja eigentlich einerlei, ob Österreich zu Deutschland gehört oder etwa zur kleinen Entente. Oder sollte es sich dabei um einen regionalen Schritt, um eine erste Etappe der Vervirklichung der allgemeinen Völkerverbrüderung handeln?

Nicht nur von sozialdemokratischer Seite werden solche Versuche einer politischen Quadratur des Kreises gemacht, sondern auch das Zentrum beschäftigt sich an dieser politisch und im nationalen Sinne mehr als unfruchtbaren Handlungsweise. In den heißesten Tagen des Ruhrkampfes hörte ich einen Vortrag des katholischen Professors Lauscher aus Bonn. Derselbe war durchglüht von echtem deutschem Patriotismus und trat mit anerkennenswerter Energie für die Rechte der rheinischen Bevölkerung dem französischen Imperialismus gegenüber ein. Am andern Morgen drückte ich einem mir kunstbefreundeten kathol. Geistlichen gegenüber meine Freude über diesen Vortrag aus. Da meinte er: „Ja, warum können Sie mit uns nicht politisch zusammengehen? Wir können uns doch eigentlich in dieser ersten Zeit den Luxus politischer Zersplitterung nicht leisten.“ „Sehr richtig“, antwortete ich, aber wir können nicht zusammengehen mit der kirchenfeindlichen Sozialdemokratie.“ — Und er verumte. Ich hatte absichtlich den Ausdruck kirchenfeindlich statt christentumsfeindlich gewählt. Dies nebenbei.

Nun, derselbe Professor Lauscher, der damals so warm für die deutsche Sache gesprochen hatte und, wie wir glauben, aus ehrlichem Herzen heraus, wurde Jahr und Tag später der Hauptvertreter des Gedankens einer vom Rhein bis Wien reichenden Donaumonarchie, wobei es einerlei sein dürfte, ob ein Wittelsbacher in München oder ein Habsburger in Wien als sogenannter deutscher Kaiser herrschen würde, jedenfalls ein katholischer Träger der Krone dieser Donaumonarchie. Wie kann man aber einer Wiederaufrichtung der durch Bismarcks Meisterhand und Moltkes militärische Genialität beseitigten Mainlinie als deutscher Patriot zustimmen: Quadratur des Kreises. Versöhnung schlechthin unerföhllicher Gegenstände. Das protestantische Norddeutschland wollte Professor Lauscher offenbar seinem Schicksal überlassen, obgleich er als gewiegter Politiker wußte, daß das bedeuten würde, es einem sicheren Zerfallsprozeß auszuweichen. Denn die Zersplitterung Norddeutschlands würde dann zur unumstößlichen Gewissheit werden und der deutsche Osten bis zur Oder oder Elbe Polen verfallen, Niedersachsen unter englisches Kolonialprotektorat geraten und Westfalen und Rheinland trotz des antifränkischen Patriotismus' des Bonner Professors eine Beute Frankreichs Belgiens werden.

Es ist zwar augenblicklich recht still geworden von dem Projekt der Wiederaufrichtung der Mainlinie und einer wesentlich erweiterten Donaumonarchie, aber die unterirdischen Mienen vatikanischer Politik, die Erzberger 1917 in Rom anlegen half, sind zwar einigermaßen unsichtbar, aber noch nicht ganz verschüttet worden. Wie allerdings solche Gedankengänge mit deutscher Gesinnung vereinbar sind oder vielmehr sein sollen, ist unerfindlich. Darin werden uns alle wahrhaftig nationalgesinnten Katholiken in Nord- und Süddeutschland zustimmen.

Ein weiteres Experiment auf dem Gebiet der Herstellung der Quadratur des Kreises oder des Versuches, das Unmögliche mit dem Möglichen zu verbinden, sind die Akrobatikünste auf dem Gebiet des Sparwesens.

Zimmer wieder, seit 10 Jahren ungefähr, ist die Rede von Verwaltungsreformen zum Zweck der Einsparung öffentlicher, von dem deutschen Steuerzahler eingebrachter Gelder. Gewiß ist diese Absicht loblich und anerkennenswert. Aber, wie verhält sich mit dieser Absicht die Tatsache, daß kein Land so große Summen in die rein äußerliche Ausstattung ihrer Auslandsvertretung steckt, als das verarmte deutsche Reich.

Was kostet das Auswärtige Amt?

Die Verwaltungskosten betragen:

1925	32 569 100
1926	54 306 000
1927	58 849 460
1928	60 918 400
1929	67 822 100 Reichsmark.

Man darf sich über das sprunghafte Anschwellen dieser Unkosten allerdings nicht wundern, wenn man die vom Auswärtigen Amt gezahlten Gehälter nach Angaben des Freiherrn von Freitag-Lorringhoven erwägt:

Ein Gehalt ohne Wohnungsentanschädigung erhalten:

1. Der Botschafter in Washington . . . 172 000 RM;
2. der Botschafter in London . . . 145 000 RM;
3. der Botschafter in Madrid . . . 145 000 RM.

Dies sind nur die Gehälter der Vertretungsleiter. Die ganze Vertretung kostet aber z. B.

	das reiche Deutschland:	das arme England:
1. in der Türkei	579 000 RM	450 000 RM
2. in Stockholm	272 000 RM	172 000 RM
3. in Bern	270 000 RM	124 000 RM
4. in Belgrad	227 000 RM	144 000 RM
5. in Tokio	523 000 RM	340 000 RM
6. in Argentinien	650 000 RM	314 000 RM
7. in Paraguay	650 000 RM	314 000 RM
Summa	3 171 000 RM	1 858 000 RM

Schon bei diesen nur 7 angeführten Vertretungen (von denen wir aber eine ganze Menge haben), ist ein Unterschied von nicht weniger als nur: 1 313 000 RM; also über 1 1/4 Million!

Ist es denn notwendig, daß die deutschen Vertretungen am glänzendsten ausgestattet sein sollen in bezug auf Einrichtung und Mobiliar? — Wir müssen dem nationalsozialistischen Gauleiter Wagner Recht geben, der vor einiger Zeit in der Bielefelder Ausstellungshalle sagte: „Wieviel richtiger wäre es, wenn die deutschen Vertretungen aufstiegen durch Einfachheit ihrer Einrichtung. Wenn man dann vom Ausland auf diese auffallende Erscheinung angesprochen würde, dann könnte man antworten: „Deutschland ist ein armes und ausgebautes Land!“

Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages, um auch innenpolitische Verwaltungskosten zu nennen, wurde leghin das Gehalt des als Leiter der Reichs-

forschungsstelle angeheu Reichskommissars Dr. Baade (Sozialdemokrat) festgestellt. Dr. Baade hat zunächst als Leiter der Reichsforschungsstelle das Gehalt eines Ministerialdirektors, das sind monatlich etwa 1500 RM. Weiter ist ihm die Möglichkeit gegeben, ein Automobil zu halten. Er bekommt als sachliche Unkosten für dieses Automobil einen monatlichen Beitrag von 250.— RM. Weiter erhielt Dr. Baade als Vorsitzender der deutsch-polnischen Roggenkommission folgende Bezüge, die die Mitglieder der Kommission, nach Angabe Dr. Baades, im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister sich selbst bewilligt haben (also als Selbstverfänger): in der Zeit vom 1. 1. bis 15. 7. 30 monatlich 1500.— RM; vom 15. 7. bis 1. 8. monatlich 2000.— RM; vom 1. 8. bis 30. 9. monatlich 2500 RM. Das alles muß das durch Reparationszahlungen und Arbeitslosigkeit ausgepowerte deutsche Volk bezahlen. Kann man Verschwendung und Sparlosigkeit unter einen Hut bringen? Gewiß! — Wenn man nur die politische Quadratur des Kreises versteht.

Der Glaspalast zerstört.

Vollkommen ausgebrannt. — Man vermutet Brandstiftung. — Tausende von Kunstwerken vernichtet.

— München, 7. Juni.

Die deutsche Kunst ist von einem schweren Schicksal betroffen worden: der berühmte Glaspalast in München, in dem gegenwärtig eine Kunstausstellung stattfand, ist in früher Morgenstunden vollständig ausgebrannt! Entsetzt wurde das Feuer um 3.25 Uhr; kurze Zeit später stand das gesamte Gebäude in hellen Flammen. Und kaum zwei Stunden nach der Feststellung des Brandes war der Glaspalast, obwohl die Feuerwehr mit 32 Schlauchleitungen den Brand bekämpfte, nur noch eine rauchende Trümmerstätte! Es stand nur noch das Eisengerüst, das aber gleichfalls tragend einzustürzen begann. Der Südwind trieb die Funken mehrere hundert Meter weit. Riesenhafte Feuerfäulen züngelten zum Himmel empor und lockten trotz der frühen Morgenstunden enorme Menschenmassen an. Die gewaltige Rauchentwicklung war bis zu 15 Kilometer zu sehen.

Der Glaspalast war 1853/54 als Industrieausstellungsgelände errichtet worden und bestand nur aus Glas und Eisen. Von 1888 bis zum Weltkriege fanden im Glaspalast jährlich die von den Münchener Künstlervereinigungen veranstalteten internationalen Kunstausstellungen statt, die die neuesten Kunstwerke aller Kulturvölker zeigten. Nach Beendigung der Inflation öffnete der Glaspalast erneut seine Pforten.

Die Entstehung der Katastrophe ist in Dunkel gehüllt, vermutet wird Brandstiftung.

Ein Beamter der ständigen Feuerwache bemerkte auf seinem Rundgange, daß das Feuer auffallenderweise im oberen Teil des Nordflügels ausgebrochen war. Es griff mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß der Wächter nicht einmal mehr Zeit hatte, aus dem Gebäude selbst telefonisch Alarm zu geben. Der Schaden ist ungeheuer; er soll in die Millionen aehen.

Letzte Meldungen.

Einberufung des Reichstages erfolgt. Der Reichstagsrat des Reichstages ist nunmehr für Mittwoch nachmittags 4.30 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zur neuen Notverordnung.

Bücher und Zeitschriften.

Was jeder von der Presse wissen muß. Von Haupt- schriftleiter Gg. Friedel. Preis 1.— RM.

Krankpflege. Ueber Pflege und Ernährung der Kranken (von Apotheker J. Roderols).

Pflege und ernähre dein Kind richtig. Von Kinderarzt San.-Rat Dr. M. Wollenweber. — Diese drei Hefte brachte der Verlag W. Stollfuß in Bonn in seiner Sammlung „Hilf dir selbst“ wieder heraus. Sie werden vielen willkommen sein.

„Der Orient in Wort und Bild“. Heft 2 Im Heiligen Lande. Von Dr. W. Schmidt. 28 Seiten mit 9 Textbildern und einem farbigen Umschlagbild. 0,50 Mark.

Heft 3. Die Grundlehren des islamischen Glaubens. Von Mahmud Mes'ud. 40 Seiten mit 6 Textbildern und einem farbigen Umschlagbild. 0,70 Mark.

Heft 4. Johannes der Sohn des Evangeliums. Von Luise Ernst-Freund. 24 Seiten mit 8 Textbildern und einem farbigen Umschlagbild. 0,50 Mark.

Heft 5. Ein Heiliger, der kein Heiliger war. (Mollath Nafr ed Din) Von Gertrud Hegel. 32 Seiten mit 8 Textbildern und einem farbigen Umschlagbild. 0,60 Mark.

Diese 4 Hefte sind jetzt im Missionsverlag Lepsius, Fleischmann und Grauer, Potsdam, Roonstraße 13, erschienen. Die Hefte behandeln den ihren Titeln entsprechenden Stoff in recht anschaulicher Form, so daß die Lektüre einen interessanten Einblick gewährt in orientalisches Leben und Denken.

Hinweis.

(!) Wussten Sie das schon? Nämlich, daß 10 Gramm Kalk in 100 Liter Wasser fast ein Viertelgute Seife vernichtet? Denkende Frauen beugen dem vor. Sie wissen, daß sie mit der bewährten alten Henko-Weich-Soda, die sie auch zum Einweichen der Wäsche gebrauchen, jedes harte Leitungswasser im Augenblick weich und glatt machen können. Beim nächsten Waschtage denken auch Sie mal daran. Sie haben dann keine Verluste mehr und nutzen Ihr Waschmittel voll aus!

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8 1/4 Uhr Männerchor in „Ephrata“.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. F. Suttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schleifach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“. Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat . . . 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. *) Nichtzutreffendes streichen.

Freizeit!

Geplant ist eine solche im Juli, August, je nach Bedarf für junge Mädchen 14 Tage und für junge Männer 14 Tage, in einem schönen Schwarzwaldort bei genügender, baldiger Anmeldung. Die Leistung liegt in den Händen eines älteren Bruders, für das leibliche Wohl sorgt die Hausmutter. Pension Alles im Allem pro Person 25 Mark bei guter, einfacher Betätigung. Die Häuser sind von Wald und Wiesen umgeben. — Anfragen mit Rückporto an die Hausmutter G. von Priesdorf, Kinderheim Wäbe b. N. Salz in Württemberg.

Es finden einige Ruhe- und Erholungsbedürftige

liebevolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgekühlte Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Neuester preiswert. Randw. Schröder, Wöhren, Post Blomberg (Stippe).

Bessere Dame

findet fchl. Aufnahme für einige Wochen bei guter Verpflegung in der Nähe Nachens in einem Gartenhaus. — Angebote unter A 1618 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Eine in große Not geratene Familie bietet eine

Doré Bibel

in zwei Luxusbänden, Format 40 mal 55 cm, echt gekellten Goldschnitt, echt Saffian-Leder, Innen Seide, Deckel auf beiden Seiten und Rücken, reichhaltige Handvergoldung, zum Verkauf an. Auf einer Gewerbeausstellung wurde schon für diese Bibel Mk. 1.000.— geboten. Die Familie ist bereit, das Familienstück jetzt zum geringeren Preise zu verkaufen. Irgendwelche Anfragen vermittelt gern d. „Aufwärts“.

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension v. 5 Mk. an. Reichsgottesarbeiter erh. Ermäßig. H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.

Beim Zeimgang meines lieben Mannes und treuen Vaters sind uns viele, herzlichste Beweise der Anteilnahme von allen Seiten widerfahren. Wir möchten danken für all diese Liebe, die uns so sehr wohlgetan hat.

Henriette Poppinga, geb. Bläfer.
Paul Poppinga.

Bethel, am 8. Juni 1931.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Tecklenburg

im Teutoburger Wald

Evangelisches Volkshochschulheim in schönster Lage am Walde — Bäder im Hause — Schwimmbad — gute Verpflegung — Hausan- dacht — nimmt Erholungsgäste auf. — Zimmer von 3.50 bis 5.— Mk.

Vogelsberg i. Hess.

Bibelheim Flensungerhof

Station Mücke in Hessen

Zur Erholung empfohlen

Prospekte auf Verlangen

Ich kenne Henko und bleibe dabei!

Henko ist nicht nur zum Einweichen der Wäsche, die ideale Hilfe, auch zum Putzen und Scheuern von Haus- und Küchengerät nehme ich es gern. Und ganz besonders schätze ich in Henko das gute Mittel, hartes Wasser weich zu machen. Seit über 50 Jahren kenne ich Henko und bleibe dabei!

Henko

zum Weichmachen des Wassers zum Einweichen der Wäsche!

Was sich seit 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!